

Die britische Westminsterdemokratie

Parlament, Regierung und Verfassungswandel

von
Prof. Dr. Roland Sturm

1. Auflage

Nomos 2015

Verlag C.H. Beck im Internet:
www.beck.de

ISBN 978 3 8487 1652 4

Roland Sturm

Die britische Westminsterdemokratie

Parlament, Regierung und Verfassungswandel



Nomos

Roland Sturm

Die britische Westminsterdemokratie

Parlament, Regierung und Verfassungswandel



Nomos

Die Deutsche Nationalbibliothek verzeichnet diese Publikation in der Deutschen Nationalbibliografie; detaillierte bibliografische Daten sind im Internet über <http://dnb.d-nb.de> abrufbar.

Die Deutsche Nationalbibliothek lists this publication in the Deutsche Nationalbibliografie; detailed bibliographic data is available in the Internet at <http://dnb.d-nb.de>

ISBN 978-3-8487-1652-4 (Print)
978-3-8452-5687-0 (ePDF)

British Library Cataloguing-in-Publication Data

A catalogue record for this book is available from the British Library.

ISBN 978-3-8487-1652-4 (Print)
978-3-8452-5687-0 (ePDF)

Library of Congress Cataloging-in-Publication Data

Sturm, Roland
Die britische Westminsterdemokratie
Parlament, Regierung und Verfassungswandel
Roland Sturm
449 p.

ISBN 978-3-8487-1652-4 (Print)
978-3-8452-5687-0 (ePDF)

1. Auflage 2015

© Nomos Verlagsgesellschaft, Baden-Baden 2015. Printed in Germany. Alle Rechte, auch die des Nachdrucks von Auszügen, der fotomechanischen Wiedergabe und der Übersetzung, vorbehalten. Gedruckt auf alterungsbeständigem Papier.

This work is subject to copyright. All rights reserved. No part of this publication may be reproduced or transmitted in any form or by any means, electronic or mechanical, including photocopying, recording, or any information storage or retrieval system, without prior permission in writing from the publishers. Under § 54 of the German Copyright Law where copies are made for other than private use a fee is payable to "Verwertungsgesellschaft Wort", Munich.

No responsibility for loss caused to any individual or organization acting on or refraining from action as a result of the material in this publication can be accepted by Nomos or the author.

Inhaltsverzeichnis

<i>I. Regieren in der Westminsterdemokratie heute – einleitende Bemerkungen zu einem analytischen Blick auf die letzten dreißig Jahre britischer Politik</i>	9
<i>II. Parlament und Regierung in der Westminsterdemokratie</i>	17
Kapitel 1: Eine „kontinentale Verirrung“? Koalitionsregierungen im Vereinigten Königreich	17
Kapitel 2: Reform von Wahlsystem, Parlament und Kommunalverfassungen: Die Agenda der konservativ- liberaldemokratischen Koalition	39
Kapitel 3: Westminster oder die Kunst des Überlebens. Der britische Parlamentarismus verweigert sich den Niedergangsthesen	52
Kapitel 4: Grundzüge des Regierens im Westminster-Modell	65
Kapitel 5: Verfassungs- und Institutionenwandel in den 1970er und 1980er Jahren	80
Kapitel 6: Bleibt der Ärmelkanal eine politisch-kulturelle Grenzlinie? Entwicklungslinien der politischen Kultur Großbritanniens	92
Kapitel 7: Eine Verfassung für ein Land ohne Verfassung? Britische Europapolitik und der europäische Verfassungsvertrag	104
Kapitel 8: Regieren in Großbritannien. Die britische Debatte zum Verständnis des Westminster-Modells	115
<i>III. Die Regierungszeiten von Tony Blair und Margaret Thatcher</i>	135
Kapitel 1: Von der „englischen Krankheit“ zum Thatcherismus? Gesellschaftliche Krisen und politische Strategien in den 1970er und 1980er Jahren	135

Kapitel 2: Großbritannien in den 1990er Jahren – Ungelöste Wirtschaftsprobleme, gesellschaftlicher Vertrauensverlust und die Suche nach der politischen Mitte	152
Kapitel 3: Thatcherismus – freie Marktwirtschaft und individuelle Verantwortung	162
Kapitel 4: Von der „englischen Krankheit“ zu „Cool Britannia“. Interpretationen der britischen Nachkriegsgeschichte	178
Kapitel 5: New Labour – New Britain? – Großbritannien nach dem Wahlsieg Tony Blairs	191
Kapitel 6: Der „dritte Weg“ – Demokratie im Zeitalter der Globalisierung	211
Kapitel 7: Entscheidungs- und Informationsmanagement in der britischen Regierung: Präsentation, Patronage und Politikkontrolle	233
Kapitel 8: „Modernes Regieren“ in der Ära Tony Blair	245
Kapitel 9: Das neue Gesicht der Labour Party – New Labours Wahlkampf- und Politikvermarktungsstrategien	267
<i>IV. Devolution – der Weg des Vereinigten Königreichs zum „union state“</i>	281
Kapitel 1: Der schottische und der walisische Nationalismus im 20. Jahrhundert	281
Kapitel 2: Nationalismus und Devolution-Politik: Der Kampf um die Einheit Großbritanniens	296
Kapitel 3: Integration – Devolution – Unabhängigkeit? Schottland auf dem Weg zu einer Erneuerung seines politischen Gemeinwesens	313
Kapitel 4: Devolution und Parlamentssuprematie	329
Kapitel 5: Devolution and National Identities in Britain	350
Kapitel 6: „Englishness“ in an Era of Constitutional Change	370

<i>V. Die Nordirlandfrage - umstritten, gelöst?</i>	379
Kapitel 1: Der Nordirlandkonflikt: Die Betroffenen verweigern sich dem Krisenmanagement	379
Kapitel 2: Lösungsmodelle des Nordirlandkonflikts in Geschichte und Gegenwart	398
Kapitel 3: Frieden durch Konkordanz – das Ende von Gewalt und Extremismus in Nordirland?	417
Kapitel 4: Das Karfreitagsabkommen – eine konkordanzdemokratische Lösung des Nordirlandkonflikts?	437

I. Regieren in der Westminsterdemokratie heute – einleitende Bemerkungen zu einem analytischen Blick auf die letzten dreißig Jahre britischer Politik

Das Vereinigte Königreich hat den kontinentaleuropäischen Ländern eines voraus. Es erspart dem politischen Betrachter Debatten über die Kluft zwischen Verfassungswirklichkeit und Verfassungstext. Letzterer fehlt. Dies erlaubt der britischen Verfassung, sich im Einklang mit der Verfassungsrealität zu entwickeln. Wer im Vereinigten Königreich Minister/in wird erhält seit 2011 vom Cabinet Office ein Handbuch mit dem Stand der Regeln und Konventionen, die die Verfassung im Augenblick gerade ausmachen.¹ Die britische Verfassung ist wegen dieser „Politikunmittelbarkeit“ höchst flexibel, weshalb eigentlich nicht erstaunen sollte, dass das „Westminstermodell“ der parlamentarischen Demokratie wie es in der Politikwissenschaft noch vor einigen Jahrzehnten diskutiert und gelehrt wurde, so heute nicht mehr existiert.

Das Westminstermodell der Nachkriegszeit, das damals auch der deutschen Politik als Vorbild diente, hat seine Voraussetzungen verloren. Die soziale Bedeutung der Dimension „class“ hat sich verringert, auch wenn deren fortdauerndes politisch-kulturelles Gewicht nicht unterschätzt werden darf. Territorialität und Identität erweisen sich als neue zugkräftige Orientierungen der britischen Politik. Identitätspolitik umfasst ein weites Spektrum von Einstellungen und Kontroversen, das vom schottischen Nationalismus bis hin zu Auseinandersetzungen provoziert von Hasspredigern in britischen Moscheen reicht. London hat sich mehr denn je als soziales, multikulturelles und weltoffenes Universum mit eigener Weltsicht vom Rest des Vereinigten Königreichs abgekoppelt.² London ist das Wirtschaftszentrum des Landes und eines der Finanzzentren der Welt. Die britische Wirtschaft und ihre zurückhaltende Regulierung bieten einen der globalisierungsfreundlichsten Kontexte der Weltwirtschaft.

Hier – bei Fragen der Marktöffnung und -erweiterung – findet das Vereinigte Königreich die Schnittmenge zur EU. Der vertiefte Binnenmarkt, die Liberalisierung der Märkte (auch für die Daseinsvorsorge) und die Deregulierung des Arbeitsmarktes finden breite Unterstützung in der britischen Gesellschaft. Die Ab-

1 The Cabinet Manual. A guide to laws, conventions and rules on the operation of government. Vgl. auch Andrew Blick: The Cabinet Manual and the Codification of Conventions, in: Parliamentary Affairs, 67 (2014), 1, S. 191-208.

2 Philip Stephens: London should break free from Little England, in: Financial Times vom 12. November 2014, S. 11.

kehr vom keynesianischen Nachkriegskonsens und die Verschlingung des Wohlfahrtsstaates werden kaum mehr in Frage gestellt.³ Der verbliebene wohlfahrtsstaatliche Konsens im Vereinigten Königreich hat sich von dem EU-Sozialmodell immer weiter entfernt. In einer Budgetkrise ist Austeritätspolitik in Großbritannien, trotz Kritik an sozialen Schiefen, im überparteilichen Konsens vermittelbar und mindert die Wahlchancen, vor allem in England, nicht. Die Euro-Krise hilft. Denn aus der Sicht des Landes hat sie, trotz eigener Krisenbewältigungspolitik, die Vorteile der britischen Distanz zur politischen Integration Europas verdeutlicht. In der EU ist aus britischer Sicht dank der Finanzkrise Deutschland zum „Hegemon wider Willen“⁴ geworden, aber auch für die EU entsprechend in der Pflicht. Deutschland unterstützt das politische Projekt der europäischen Einigung, für das Vereinigte Königreich zählt vor allem dessen ökonomischer Nutzen gemessen am nationalen Interesse.

Das Vereinigte Königreich ist politisch nicht mehr der relativ homogene Einheitsstaat, in dem alleine die soziale Frage die Gesellschaft spaltete. Gewerkschaften gegen Unternehmer (und gegen rivalisierende Gewerkschaften) hieß in der Vergangenheit die Konfrontation in politischen Krisenzeiten. Dies veranlassete Beobachter⁵ in der Nachkriegszeit dazu, die Dynamik des Landes alleine aus der Perspektive der „Klassengesellschaft“, der direkt das Zweiparteiensystem zu korrespondieren schien, zu diskutieren. Das politische Dealignment begann in den 1960er Jahren mit der gesellschaftlichen Modernisierung und der allmählichen Verbesserung des Lebensstandards aller Briten.⁶ Ein Abnehmen sozialstruktureller Bindungen der Wähler an die Parteien ermöglichte den politischen Durchbruch für Drittparteien. Ein diffuser „Wählermarkt“ entstand. Britische Parlamentswahlen sind eigentlich 650 einzelne Wahlen in Einerwahlkreisen. Die durchschnittliche Zahl der Wahlbewerber um Parlamentssitze wuchs kontinuierlich an und erreichte 2010 schon die Zahl 6,3 (2005 waren es 5,5). Um die 650 Parlamentssitze bewarben sich 4.133 Kandidaten.⁷

Bei dieser neuen Unübersichtlichkeit des Parteiensystems wurden Wahlen zunehmend gewonnen durch den Persönlichkeitsfaktor (Margaret Thatcher, Tony Blair) und die lagerübergreifende Mobilisierung. Wahlen wurden aber auch –

3 Vgl. Janan Ganesh: Give up the dogma of the unshrinkable state, in: Financial Times vom 9. Dezember 2014, S. 9.

4 Christoph Schönberger: Hegemon wider Willen. Zur Stellung Deutschlands in der Europäischen Union, in: Merkur, 66 (2012), 1, S. 752-763.

5 Vgl. z.B. Jean Blondel: Voters, Parties, and Leaders. The Social Fabric of British Politics, Harmondsworth 1963.

6 Vgl. David Butler/ Donald Stokes: Political Change in Britain. Forces Shaping Electoral Choice, Harmondsworth 1971.

7 Byron Criddle: More Diverse, Yet More Uniform: MPs and Candidates, in: Dennis Kavanagh/ Philip Cowley: The British General Election of 2010, Basingstoke 2010, S. 306-329, S. 306.

und hier hebt sich die britische Politik beispielsweise von der deutschen in bemerkenswerter Weise ab – durch Visionen einer besseren oder zumindest besser funktionierenden Wirtschaft und Gesellschaft gewonnen. Thatcherismus und der Dritte Weg der Sozialdemokratie, wie Tony Blair ihn vertrat, sind Beispiele für die über die Grenzen des Vereinigten Königreichs hinauswirkende Strahlkraft politischer Ideen.

Erfrischend ist auch, dass die britische Politik viel weniger Vertrauen in den rituellen Umbau von Institutionen und vertragliche Absprachen investiert, als dies kontinentaleuropäische Länder zu tun pflegen. Niemand glaubt hier, dass am Reißbrett oder nach abstrakten Prinzipien Politik formuliert werden sollte. „If it ain't broke don't fix it“ lautet das Leitmotiv. Das ist kein neuer Gedanke in Großbritannien, auch wenn diese Formulierung ursprünglich aus den USA stammt. Politische Reform ist problembezogen, aber nicht notwendigerweise systematisch umfassend und darauf gerichtet, auch marginale Ungereimtheiten, die in der Öffentlichkeit kaum wahrgenommen werden (wie im deutschen Fall das „negative Stimmengewicht“ im Wahlrecht beispielsweise) zu beseitigen. Entstehende Asymmetrien, unklare Kompromisse und temporäre Lösungen werden nicht als instabil und prekär gesehen, sondern als Ausdruck einer zu einem bestimmten Zeitpunkt erreichbaren gesellschaftlichen und politischen Stabilität. Leicht wird aus ihnen eine „Konvention“, die Legitimität für sich in Anspruch nehmen kann.

In der Peripherie des britischen Staates hat eine neue Ära der Identitätspolitik begonnen. Der nordirische Sonderweg begrenzter Selbstverwaltung verwandelte sich seit Ende der 1960er Jahre in einen Kriegszustand. Erst im 21. Jahrhundert mündete er in eine einigermaßen friedliche Autonomieregelung (Devolution) mit Machtteilung zwischen katholischen irischen Nationalisten und protestantischen britischen Unionisten, die allerdings nur leidlich funktioniert.⁸ Politische Verfahren können die gesellschaftliche Konfrontation in Nordirland bestenfalls überdecken. Symbolpolitik, wie die jährlichen Märsche des Orange Order zum Gedenken an Siege über die Katholiken im 17. Jahrhundert haben nach wie vor die Kraft, dieser Konfrontation gewaltförmigen Ausdruck zu geben.

Die Stationen der schottischen und walisischen Devolution bis hin zum Unabhängigkeitsreferendum in Schottland im September 2014⁹ markieren gewaltlose Entwicklungsschritte des Vereinigten Königreichs auf dem Weg zum dezentralisierten Einheitsstaat. Britische Staatlichkeit heute findet Ausdruck in einem asymmetrisch organisierten Unionsstaat, der seinen Regionen/Nationen unter-

8 Vgl. Roland Sturm: Das Karfreitagsabkommen – eine konkordanzdemokratische Lösung des Nordirlandkonflikts, in: Stephan Köppl/ Uwe Kranenpohl (Hrsg.): Konkordanzdemokratie. Ein Demokratietyp der Vergangenheit?, Baden-Baden 2012, S. 337-354.

9 Vgl. Roland Sturm: Das Schottland-Referendum. Hintergrundinformationen und Einordnung, Wiesbaden 2015.

schiedliche Rechte gewährt, dabei aber auf der Suche nach einer neuen institutionellen und territorialen Balance bleiben muss. Denn Devolution erwies sich nur teilweise als konsensfähige Antwort auf die Identitätspolitik der „celtic fringe“. In Schottland, in Nordirland und zum Teil auch in Wales haben sich Politik und Gesellschaft vom gesamtbritischen Kontext so sehr emanzipiert, dass sich die Frage stellt, ob es Grenzen der Integrationsfähigkeit der prinzipiell flexiblen britischen Verfassung gibt.

Der nationale Aufbruch in Schottland provoziert zudem die „englische Frage“ in mindestens zweierlei Hinsicht. Erstens in Bezug auf die Politisierung von Territorialität. Auch in England wird heute von allen politischen Parteien das dezentrale Regieren als attraktive Ergänzung und Entlastung des Londoner Zentralismus beworben. Obwohl viele Kommunen noch zögerlich sind, überzeugt das Argument für Dezentralität. Es gewährleiste England, so die Argumentation, gegenüber den Devolution-Regionen nicht benachteiligt zu werden, vor allem wenn es um handfeste Fragen, wie die Leistungen des Gesundheitswesens, Studiengebühren oder die finanziellen Zuwendungen des Zentralstaats geht. Zweitens politisiert die Schottlandfrage die Geschäftsordnung des britischen Parlaments. Die Forderung wurde laut, dass nur noch englische Abgeordnete über englische Angelegenheiten abstimmen sollen, falls die Entscheidungskompetenz in der betreffenden Angelegenheit bei den Devolution-Regionen liegt und damit nicht-englische Abgeordnete im Unterhaus sich in fremde Angelegenheiten einmischen und unechte Mehrheiten ermöglichen würden.

Man kann sich die Lösung „English votes for English laws“ als pragmatischen Kompromiss vorstellen, aber einen, der für die Labour Party schwer zu akzeptieren sein wird, weil die Partei ohne die nichtenglischen Abgeordneten im Unterhaus deutlich an Unterstützung in der englischen Politik verliert. Faktisch ist das Schaffen unterschiedlicher Kategorien von Abgeordneten im Westminsterparlament ein weiterer Schritt zur Aushöhlung der eigentlich unteilbaren Parlamentsouveränität. Letztere wird weiterhin in der Gesetzgebung betont und bildet den zentralen Bezugspunkt britischen Verfassungsdenkens. Aber sowohl die EU-Mitgliedschaft als auch das zunehmende Vertrauen auf Referenden für politische Letztentscheidungen verschaffen in der Regierungspraxis zur Parlamentsouveränität alternativen Quellen politischer Legitimation Gewicht.

Das britische Parlament bleibt ein Solitär. Wer zweifelt, mag sich Parlamentsdebatten im vollbesetzten Unterhaus ansehen. Weniger überzeugend ist allerdings das Argument, dass diese Debattenkultur automatisch mehr Respekt und

Interesse bei den Bürgerinnen und Bürgern erzeugt.¹⁰ Das Oberhaus steckt in einer Reformklemme.¹¹ Ob demokratisch gewählt, ob neue Regionalkammer, ob abschaffungswürdig oder notwendig, um gute Gesetzgebung zu gewährleisten – das Schicksal des Oberhauses ist ungewiss. Bei der ersten großen Reform 1999 sollte es vor allem verkleinert werden. Das durch das weitgehende Abschaffen der Erblords verkleinerte Oberhaus blieb mit der traditionellen Ernennungspraxis der Premierminister zu Peers-Würden konfrontiert. Diese speist sich aus der parteiübergreifenden Sehnsucht nach Adelstiteln und Orden, deren Verleihung als Aufstieg in der Gesellschaft empfunden wird und die in hohem Maße systemintegrierend wirkt. Eine kostengünstigere Art, politische Loyalität zu erzeugen, gibt es weltweit nicht. Der Preis des Fortbestehens fiktiver Nobilität war ein erneutes Wachstum der Zahl der Mitglieder des Oberhauses, die heute höher liegt als nach der Reform 1999.

Das Regieren im Westminstermodell ist komplexer als dies die in der Wissenschaft an vielen Stellen zu findende Ablauftrias vom parliamentary government im 18./19. Jahrhundert über das cabinet government im 19./20. Jahrhundert zum prime ministerial government im 20./21. Jahrhundert nahelegt. Nur wenige Premierminister haben sich von Parlament und Partei in ihrem Regierungsstil weitgehend emanzipieren können. Elemente aller drei Formen von government bleiben immer erhalten, was sich ändert ist der Fokus der Macht. Selbst starke Premierminister haben Macht abgeben müssen. Tony Blair ist ein Beispiel. Seine Entscheidung im Rahmen der Royal Prerogatives, die er als Premierminister für die Queen wahrnahm, das Vereinigte Königreich am vom amerikanischen Präsidenten George W. Bush begonnenen Irak-Krieg zu beteiligen, hätte keiner parlamentarischen Zustimmung bedurft. Dass er diese dennoch suchte, führte zu einem Präzedenzfall und zur Bindung der Entscheidung über Krieg und Frieden an ein Parlamentsvotum. David Cameron befragte das Parlament, ob das Vereinigte Königreich sich an einem Syrien-Einsatz (Flugverbotszone) beteiligen solle. Das Parlament verweigerte sich in seiner Mehrheit dem Willen des Premierministers und entschied damit die britische Haltung, obwohl streng genommen die Verfassung hierfür keine Grundlage bot – wohl aber die implizite Neudefinition des Verfassungsverständnisses.

Das Vereinigte Königreich bleibt nicht zuletzt wegen der Untrennbarkeit von Politik und Verfassungswandel, der Gleichzeitigkeit konstitutioneller Erneuerung und konkreter Problemlösung, eine Quelle sozialwissenschaftlicher Inspira-

10 Vgl. z.B. Who is willing to participate? Dissatisfied democrats, stealth democrats and populists in the United Kingdom, in: *European Journal of Political Research*, 52 (2013), S. 747-772 oder Paul Whiteley: *Political Participation in Britain: The Decline and Revival of Civic Culture*, Basingstoke 2012.

11 Vgl. Meg Russell: *The Contemporary House of Lords. Westminster Bicameralism Revisited*, Oxford 2013.

tion. Hinzu kommen zahlreiche Widersprüche und Herausforderungen. Großbritannien ist ein selbstbewusstes Land, das (in Zusammenarbeit mit den USA) in der ersten politischen Liga spielen möchte, das aber wirtschaftlich immer wieder an Grenzen stößt. Entscheidungen, wie der Beitritt zur EG/ nun EU, mussten aus ökonomischen Gründen akzeptiert werden. Dass diese richtig waren, davon ist heute noch immer nicht jeder Brite überzeugt ist. Von einem Empire, in dem die Sonne nie unterging, zur europäischen Mittelmacht war es ein weiter Weg.¹² Großbritannien braucht heute seine europäischen Nachbarn – und dennoch ist der Ärmelkanal noch immer eine politisch-kulturelle Trennlinie.

Die folgenden Beiträge vermitteln einen Eindruck über dreißig Jahre britischer Politik. Schwerpunkte bilden die Themenfelder „Parlament und Regierung in der Westminsterdemokratie“, „die Regierungszeiten von Tony Blair und Margaret Thatcher“, „Devolution“ und die „Nordirlandfrage“. Ich danke dem Nomos-Verlag, der mir einen solchen Rückblick und Rückgriff auf meine früheren Publikationen ermöglichte. Mein besonderer Dank gilt meiner langjährigen Mitarbeiterin Monika Viehfege, die sich in vorbildlicher Weise um die technische Seite der Texterstellung gekümmert hat, unterstützt von Franziska Kupfer und Sarah Wörlein.

Die Texte wurden für diese Publikation bearbeitet, aber nicht bis zur Unkenntlichkeit des historischen Zusammenhangs, in dem sie geschrieben wurden, aktualisiert. Ziel ist es gerade auch die Kontexte der Wahrnehmung britischer Politik zu vermitteln. Die bei Sozialwissenschaftlern beliebte nichtssagende Formel von „Kontinuität und Wandel“ gewinnt so einmal Substanz. Es zeigt sich darüber hinaus, die Bedeutung von Kontingenz für die Analyse und Bewertung von Politik. Margaret Thatcher startete beispielsweise als unbedeutende Zufallsvorsitzende der Konservativen Partei, war in ihrer Amtszeit heftig umstritten, galt aber schon Tony Blair, dem ersten Labour Premierminister nach der Amtszeit der Konservativen, als Vorbild.¹³ Thatcherismus wurde vom Schimpfwort zum Synonym einer Wirtschaftsstrategie. Ihr Tod riss allerdings „alte Wunden“ der britischen Gesellschaft auf und erinnerte an die Konfrontationen der 1980er Jahre. Tony Blair startete als bewunderter politischer Siegertyp mit Popstarqualitäten. Unter anderem seine Entscheidung, das Vereinigte Königreich in den Irakkrieg zu führen, in, wie Kritiker meinten, devoter Nähe zu den USA, machte ihn im Nachhin-

12 Vgl. Gerhard Altmann: Abschied vom Empire. Die innere Dekolonisation Großbritanniens 1945-1985, Göttingen 2005. Norbert Himmler: Zwischen Macht und Mittelmaß. Großbritanniens Außenpolitik und das Ende des Kalten Krieges, Berlin 2001.

13 Vgl. u.a. Detlev Mares: Margaret Thatcher. Die Dramatisierung des Politischen, Zürich 2014.

ein – neben Privatem – zu einem der unbeliebtesten Premierminister des Landes.¹⁴

Schwarz-Weiß-Zeichnungen aus heutiger Sicht helfen nicht weiter, wenn das Ziel lautet, die britische Politik zu verstehen. Die Orientierung der Beiträge auch an historischen Parametern leuchtet eine Dimension der britischen Politik aus, die selten gesucht wird. Aus heutiger Sicht wohltuend ist, dass keine der z.T. über dreißig Jahre alten Voraussagen sich als falsch erwiesen. Dass der Autor dieses Bandes große Sympathie für das Vereinigte Königreich hegt, soll nicht verschwiegen werden, allerdings bedeutet dies nicht das Aufgeben wissenschaftlicher Standards. Die Großbritannienforschung war und ist aufregend und anregend über die Landesgrenzen hinaus. Sie wirft Fragen auf, die gerade für die vergleichende politikwissenschaftliche Forschung von großer Bedeutung sind.

14 Vgl. u.a. Andrew Rawnsley: *The end of the party. The rise and fall of new Labour*, London 2010.